

Selbsterhalt, Koexistenz und Wiedervereinigung

Situation auf der koreanischen Halbinsel nach dem Gipfel

Von Sebastian Harnisch

Mit dem Gipfeltreffen vom 13.-15. Juni 2000 haben die beiden koreanischen Staaten ein neues Kapitel in der Geschichte der Wiedervereinigung aufgeschlagen. Während und nach dem Gipfel konnten zwar eindeutige Fortschritte bei der atmosphärischen Entspannung zwischen Nord und Süd erzielt werden; gleichzeitig fielen die Ergebnisse bei der konkreten Umsetzung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) sowie bei humanitären Angelegenheiten eher mager aus. Die getroffenen Vereinbarungen zielen auf eine Stabilisierung der derzeitigen Entwicklung in den beiden koreanischen Staaten ab. Sie kennzeichnen somit einen wichtigen politischen Schritt zur gegenseitigen Anerkennung der Koexistenz. Während die Aussöhnungsbemühungen in den 1970er und 1990er Jahren durch die Veränderungen des internationalen Umfeldes getragen wurden, ist die neuerliche Dynamik auf der koreanischen Halbinsel auf die internen Veränderungen der beiden Koreas seit Mitte der 1990er Jahre zurückzuführen: Erosion des autoritären nordkoreanischen Systems und demokratische Konsolidierung Südkoreas. An der langfristigen Perspektive einer Wiedervereinigung unter demokratischen Vorzeichen ändert dies jedoch wenig. Der Gipfel von P'yongyang hat an dieser grundsätzlichen Richtung wenig verändert, auch wenn er bereits deutliche Spuren bei den inneren und äußeren Rahmenbedingungen der zukünftigen Wiedervereinigung hinterlassen hat.

Veränderungen auf der koreanischen Halbinsel

Die gegenwärtige Dynamik im koreanischen Wiedervereinigungsprozess wird primär durch die Veränderungen der internen Rahmenbedingungen in beiden koreanischen Staaten vorangetrieben. In Nordkorea hat das dynastische Regime der Familie Kim Il Sung nach dem Wegfall der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung durch die Verbündeten Sowjetunion und VR China die katastrophalen Folgen der autochtonen Planwirtschaft unter den Vorzeichen der Chuche-Ideologie nicht abwenden können. Im Gegenteil: die Abkoppelung der Landes von internationalen Wirtschaftsprozessen, die Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die Defizite einer Zentralisierung der Energiewirtschaft steuerten Nordkorea Mitte der 1990er Jahre nicht nur in eine der schwersten Hungerkatastrophen sondern brachten das Land auch an den Tropf der internationalen Gebergemeinschaft.¹ In dieser Krisensituation geriet das nordkoreanische Atomwaffenprogramm, zunächst von der nordkoreanischen Führung als „strategischer

Equalizer“ gedacht, zum Verhandlungsinstrument in den bilateralen Gesprächen mit der USA in den Jahren 1993 und 1994.²

Aus der Bereitschaft der USA und ihrer Verbündeten, das nordkoreanische Atomwaffenprogramm im Zuge des Genfer Rahmenabkommens durch Zugeständnisse zu beenden, zog der Nordkorea seit Mitte der 1990er Jahre den Schluss, das aggressive Außenverhalten, wenn es im Zuge von diplomatischen Verhandlungen im Austausch für wirtschaftliche Unterstützung zurückgeführt wird, durchaus ökonomischen Nutzen zeitigt und damit zur Regimestabilisierung beitragen kann.³ In der Abfolge konnte der Norden durch die einseitige Aufkündigung des Waffenstillstandsabkommens von 1953 im Rahmen der 1997 begonnenen Vier-Parteien-Gespräche internationale Wirtschaftshilfe erpressen. 1998 und 1999 wurden die bilaterale Kontaktaufnahme mit Südkorea als auch die Inspektion eines verdächtigen Nuklearstandortes in Kumchang-ri durch US-Inspektoren im Mai 1999 sowie die Aussetzung nordkoreanischer Raketentest im September 1999 durch bi- und multilaterale Wirtschaftshilfe versilbert.⁴

Die Strategie der Erpressung externer Unterstützung zur internen Regimestabilisierung hat die nordkoreanische Führung zu Beginn des 21. Jahrhunderts jedoch in ein Dilemma geführt. Das Regime in P'yòngyang muss externe Unterstützung und Kooperation mit ausländischen Partnern zulassen, um grundlegende interne Reformen (vorerst) nicht durchführen zu müssen. Gleichzeitig darf diese wachsende Abhängigkeit von externen Ressourcen und der Austausch mit offenen Gesellschaften jedoch nicht in eine Destabilisierung des totalitären Kim-Regimes führen.⁵ In den zahlreichen bi- und multilateralen Kooperationsprojekten mit ausländischen Mächten hat dieses „nordkoreanische Dilemma“ zu einer fragilen Mischung aus „Drohung“ und „Entgegenkommen“ geführt, die das nordkoreanische Verhalten auch nach dem innerkoreanischen Gipfeltreffen kennzeichnen wird.

In Südkorea hat die tiefe wirtschaftliche Krise der Jahre 1998/99 und die Konsolidierung des demokratischen System nach der Wahl Kim Dae-Jungs zu einer nachhaltigen Veränderung der südkoreanischen Wiedervereinigungspolitik geführt.⁶ Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise verschoben sich die Einstellungen der südkoreanischen Bevölkerung und der politischen Eliten deutlich. Neben den Wunsch zur Wiedervereinigung, der in der Vergangenheit vor allem von älteren Gesellschaftsschichten getragen worden war, trat nun die Angst vor den unkalkulierbaren Kosten einer schnellen Wiedervereinigung. Mit der resultierenden Skepsis, ob der Süden sich eine Vereinigung überhaupt leisten könne, wuchs die Zahl jener sprunghaft, die eine Verlangsamung (wenn nicht gar Aussetzung) des

Vereinigungsprozesses forderten.⁷ Ein zweiter innenpolitischer Erklärungsfaktor ist die Konsolidierung der Demokratie unter der Präsidentschaft Kim Dae-jungs nach den Korruptionsskandalen in der Mitte und der Wirtschafts- und Finanzkrise am Ende der 1990er Jahre. Parallel zur forschenden Reformpolitik im Wirtschafts- und Finanzsektor verschrieb der einstige Oppositionsführer der südkoreanischen Außenpolitik eine Neuorientierung.⁸ Zum einen wurden die traditionell angespannten Beziehungen zu Japan auf eine neue, auf gemeinsamen Interessen und Werten basierende Grundlage gestellt.⁹ Zum anderen ergriff der Präsident unmittelbar nach Amtsübernahme die Initiative in der Nordkoreapolitik.

Kim Dae-jungs Sonnenscheinpolitik

Unter dem Banner der „Sonnenscheinpolitik“ entwickelte Kim Dae-jung eine Einbindungspolitik gegenüber Nordkorea. Diese geht davon aus, dass das aggressive nordkoreanische Außenverhalten weniger Ausdruck einer geplanten Konfliktstrategie, sondern vielmehr auf die interne Schwäche des Regimes zurückzuführen sei. Im Gegensatz zur Kim Young-sam Administration nimmt die Kim Dae-jung Administration nicht an, dass das nordkoreanische Regime in absehbarer Zeit zusammenbrechen wird, oder durch seine internen Widersprüche eine Opposition gestärkt und der Regimewechsel herbeigeführt werden könnte. Unter den Bedingungen der angespannten Wirtschafts- und Finanzsituation formulierte die neue südkoreanische Regierung deshalb eine Politik, die darauf abzielt, die für Nordkorea als unumgänglich erachteten Reformen von außen zu unterstützen, ohne dass eine Vereinnahmung des Norden durch den Süden stattfindet.¹⁰

Neben den drei offiziellen Prinzipien (Nicht-Akzeptanz von Gewalt; keine Absorption von Nordkorea, Verbesserung der Beziehungen zum Norden) wird die neue Sonnenschein-Offensive von drei weiteren „inoffiziellen Prinzipien“ getragen. Erstens ruht die Einbindungspolitik auf der Trennung von politischen und wirtschaftlichen Fragen. Infolgedessen habe der innerkoreanische Handel ebenso wie die südkoreanische Investitionstätigkeit in Nordkorea seit 1998 rasch zugenommen. Augenscheinliches Beispiel ist hierfür das sog. „Mt. Kumgang-Tourismus-Projekt“ in dessen Rahmen bereits mehrere hunderttausend südkoreanische Bürger den Norden besucht haben.¹¹ Zweitens hat Seoul die bisher strikte Auslegung des Reziprozitätsprinzips durch ihre Vorgängerinnen erheblich flexibilisiert, so dass nord- und südkoreanische Schritte zur Entspannung der bilateralen Beziehungen zwar grundsätzlich gekoppelt bleiben, aber zeitlich getrennt durchgeführt werden können. Drittens ist die bisherige Kopplung der innerkoreanischen Beziehungen an die Verbesserung der nordkoreanischen Beziehungen zu den Verbündeten Japan und USA aufgehoben worden. Die neue südkoreanische Führung setzt nun darauf, dass eine

Normalisierung zwischen P'yòngyang, Tokio und Washington sich mittelbar in einer Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen niederschlagen wird.¹²

Seit Amtsantritt ergriff der südkoreanische Staatspräsident zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen. In seiner Inauguraladresse am 25. Februar 1998 legte er die drei Grundprinzipien der Sonnenscheinpolitik nieder. Es wurden von der Administration sechs Politikbereiche identifiziert, in denen die neue Vereinigungspolitik Fortschritte erzielen müsse:

- 1) Durchführung der 1991 geschlossenen Grundlagenvereinbarung,
- 2) Förderung der innerkoreanischen Wirtschaftskooperation,
- 3) Zusammenführung getrennter Familien,
- 4) Beendigung der nordkoreanischen Nahrungsmittelkrise durch südkoreanische Unterstützung,
- 5) Fortführung des KEDO-Prozesses,
- 6) Schaffung eines stabilen Friedensregimes auf der koreanischen Halbinsel.¹³

Der nordkoreanische Raketentest am 31. August 1998, die beständigen Verdächtigungen über den Bau einer geheimen Atomanlage in Kumchang-ri sowie der schleppende Fortgang der innerkoreanischen Gespräche in Peking (April- Juni 1999) veranlassten die Kim Dae-jung-Administration im Mai 1999 die internationalen Aspekte der Sonnenscheinpolitik stärker zu betonen, da die unterschiedliche Wahrnehmung des nordkoreanischen Verhaltens drohte, die Beziehungen zu den Verbündeten USA und Japan zu gefährden.¹⁴ In einem Interview mit dem Nachrichtensender CNN am 5. Mai 1999 entwarf der südkoreanische Präsident deshalb einen „umfassenden Ansatz“, der neben der Durchsetzung der Grundlagenvereinbarung und der Schaffung eines innerkoreanischen Friedensregimes noch drei weitere, bisher unerwähnte Punkte umfasste. Zum einen drängte der Präsident auf eine Beschleunigung der Normalisierungsgespräche zwischen P'yòngyang, Tokio und Washington. Zum zweiten bot er die südkoreanische Unterstützung bei der Wiedereingliederung Nordkoreas in die internationale Staatengemeinschaft, insbesondere internationale Organisationen an. Darüber hinaus strich Präsident Kim Dae-jung die Bedeutung von Abrüstungsvereinbarungen, insbesondere im Bereich der Massenvernichtungswaffen, auf der koreanischen Halbinsel heraus.¹⁵

Kims Initiative fügte sich nahtlos in die Bemühungen der Clinton-Administration ein, die bisher erfolgreiche Nordkoreapolitik im Zuge des KEDO-Prozesses gegen die zunehmende Kritik aus dem republikanisch dominierten US-Kongress zu verteidigen. Unter der Leitung

des ehemaligen US-Verteidigungsminister William Perry hatte die Administration bereits im November 1998 zu diesem Zweck eine Arbeitsgruppe, die sogenannte „Perry-Group“ eingerichtet.¹⁶ Durch das gemeinsame Vorgehen kam es zu einer spürbaren Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen für den innerkoreanischen Dialog in den von Kim Dae-jung identifizierten Bereichen. Die Feinabstimmung zwischen Seoul, Washington und Tokio gegenüber Nordkorea wurde durch die Einrichtung der „Trilateral Oversight and Coordination Group“ (TCOG) intensiviert. Mit der Berliner Vereinbarung über die Aussetzung weiterer nordkoreanischer Raketentests vom 12. September 1999 konnte ein wichtiger Schritt bei der „Einfrierung“ des nordkoreanischen Raketenprogramms erzielt werden. Nach Aufgabe des Widerstands seitens südkoreanischer Regierung haben zahlreiche Staaten ihre Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu P’yòngyang intensiviert. Im Februar 2000 etablierte Nordkorea diplomatische Beziehungen mit Italien, im Mai wurden die 1975 aufgekündigten Beziehungen mit Australien wiederaufgenommen.¹⁷

Kim Dae-jungs Berliner Rede

Vor dem Hintergrund verbesserter internationaler Rahmenbedingungen ergriff der südkoreanische Präsident im März 2000 erneut die Initiative in der Nordkoreapolitik. Am 9. März skizzierte Kim Dae-jung die Grundlinien einer erweiterten Kooperation zwischen beiden koreanischen Staaten in einer Rede an der Freien Universität Berlin.¹⁸ Kim schlug dem Norden eine umfassende Paketlösung vor. Für den Süden gab er drei Versprechen ab: erstens werde Seoul die nationale Sicherheit Nordkoreas garantieren; zweitens, die wirtschaftliche Gesundung des Nordens unterstützen und drittens P’yòngyang bei der Rückkehr in die internationale Staatengemeinschaft assistieren. Im Gegenzug erwarte Südkorea, dass der Norden bewaffnete Provokationen gegen den Süden (für immer) einstelle, an seinem bisherigen Versprechen festhalte, keine Nuklearwaffen zu entwickeln, und drittens sein Streben nach Langstreckenraketen aufgebe.

Konkret schlug der südkoreanische Präsident vor, dass der Süden seine Kooperation jenseits der privatwirtschaftlichen Initiativen auf zwischenstaatlicher Ebene fortsetze. Kim bot an, dass der Norden südkoreanische Unterstützung beim Aufbau und der Modernisierung seiner Infrastruktur (Strassen, Brücken, Elektrizität etc.) erhalten könne. Darüber hinaus schlug er vor, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die schnell wachsenden privatwirtschaftlichen Kontakte zu verbessern. Ferner sei der Süden bereit, verstärkte Strukturhilfe für die landwirtschaftliche Produktion bereit zu stellen, damit die Nahrungsmittelknappheit im Norden langfristig überwunden werden könne. Als erste Maßnahmen sollten sich beide koreanische Staaten auf die drängende Frage der Familienzusammenführung und den

Austausch von Regierungsvertretern, wie in der Grundlagenvereinbarung von 1991 vorgesehen, konzentrieren.¹⁹

Die nordkoreanische Regierung reagierte erstmals am 4. April offiziell auf die Berliner Rede Kim Dae-jungs. Auf seiner Deutschlandreise bewertete der nordkoreanische Außenminister Paek Nam-sun die Initiative des südkoreanischen Präsidenten positiv. Jedoch machte er die Aufnahme von Regierungsgesprächen von der Einstellung gemeinsamer Militärmanöver zwischen Seoul, Washington und Tokio abhängig.²⁰ Unter dem Druck der bevorstehenden südkoreanischen Parlamentswahl am 13. April und dem Eindruck des sich verschärfenden US-Wahlkampfes konnten sich beide Seiten nach inoffiziellen Gesprächen (17. März – 8. April) am 10. April jedoch auf das erste Gipfeltreffen koreanischer Staatschefs vom 12. bis zum 14. Juni in P'yòngyang einigen.²¹ Trotz des Versuchs der nordkoreanischen Führung, die südkoreanischen Wahlen zugunsten der Kim-Administration positiv zu beeinflussen, wurde die Ankündigung des Gipfels in Südkorea mehrheitlich begrüßt.

Gipfelthemen und Vorbereitungsrounden

Nach insgesamt fünf Verhandlungsrunden (22. April – 18. Mai 2000) konnten sich hochrangige Vertreter beider Seiten in Panmunjom auf den Verlauf und die Themengebiete des Gipfels verständigen. In den Vorbereitungsgesprächen konnten einige Verfahrensfragen (Größe der südkoreanischen Delegation, Medienberichterstattung) zwar nach intensiven Konsultationen gelöst werden. Eine Einigung über spezifische Themen der Gipfelgespräche blieb jedoch aus, weil beide Seiten offenbar eine zu frühe Politisierung der Gespräche fürchteten.²² So hielt sich die nordkoreanische Seite bei der expliziten Forderung nach einer Diskussion über den Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte aus Südkorea zurück ebenso wie der Süden auf die Thematisierung des nordkoreanischen Langstreckenraketenprogramms im Vorfeld des Gipfels verzichtete.²³

Das Übereinkommen zwischen Seoul und P'yòngyang vom 18. Mai 2000, welches die verfahrenstechnischen Spezifika des Gipfels (Größe der Entourage, TV-Übertragungsrechte etc.) regelt, enthielt deshalb keine definitive Gesprächsagenda jenseits der 1972 formulierten allgemeinen Grundsätze zur Wiedervereinigung.²⁴

Während Ende Mai noch Ungewissheit darüber herrschte, ob der innerkoreanische Gipfel überhaupt zustande kommen würde, mehrten sich die Anzeichen für eine weitere internationale Öffnung der DVRK.²⁵ Internationale Beobachter bewerteten die zunächst geheimgehaltene Kurzreise Kim Jong-Ils in die Volksrepublik China als Zeichen für eine „Rückversicherungsstrategie“ der nordkoreanischen Führung für den Gipfel beim wichtigsten Verbündeten. Kims Besuch bei und Lob für eine chinesische Computerfabrik löste

weitergehende Spekulationen über eine Annäherung Nordkoreas an das chinesische Entwicklungsmodell aus.²⁶ Darüber hinaus erhärteten die zweite erfolgreiche Inspektion des verdächtigen Atomstandortes Kumchang-ri Ende Mai durch US-Experten sowie die Ankündigung des russischen Präsidentenamtes über einen Besuch des russischen Präsidenten im Herbst in P'yòngyang den Eindruck, dass die nordkoreanische Führung systematisch ihre Außenkontakte ausbaut, um durch wirtschaftliche Kooperation die innenpolitische Krisensituation zu überwinden.²⁷

Reich an Symbolik, arm an Ergebnissen

Das erste innerkoreanische Gipfeltreffen übertraf in vielerlei Hinsicht sowohl die Erwartungen der Betroffenen als auch der ausländischen Beobachter. Zwar konnte der südkoreanische Präsident erst am 13. Juni seinen Besuch in P'yòngyang antreten. Der Norden hatte kurzfristig um eine eintägige Verschiebung gebeten. Doch der persönliche Empfang Kim Dae-jungs am Flughafen durch Kim Jong-Il sowie die gemeinsame Autofahrt der beiden Kims trugen zu einer insgesamt unerwartet entspannten Atmosphäre während des dreitägigen Staatsbesuches bei. Für viele Südkoreaner bedeutete das Treffen nach Jahrzehnten der erbitterten Feindschaft ein tiefes emotionales Ereignis, welches bereits kurze Zeit nach dem Gipfel, nachhaltige Veränderung in der südkoreanischen Wahrnehmung Nordkoreas in Gang gesetzt hat.²⁸

Skeptiker wiesen daraufhin, dass der Gipfel aufgrund der geringen Erwartungen auf jeden Fall als Erfolg gewertet werden würde. Der Süden habe darüber hinaus 200.000 t Düngemittel und US\$ 450 Mill. an Zusagen gemacht, um das Treffen als solches zu ermöglichen.²⁹ Doch während diese Art der „Kooperation“ von der meisten Beobachtern erwartet worden war, blieben andere typische Gesprächsstrategien unerwartet aus: Die nordkoreanische Seite erwies, wie es der konfuzianischen Ethik beider koreanischen Staaten entspricht, dem „Senior“ Kim Dae-jung die notwendige Ehrerbietung. Darüber hinaus stimmte die nordkoreanische Seite grundsätzlich einem Gegenbesuch Kim Jong-ils in Seoul zu, wengleich der Zeitpunkt und die Modalitäten des Besuches offen blieben.

In der vage gehaltenen gemeinsamen Erklärung des Gipfels werden folgende Prinzipien festgelegt bzw. Maßnahmen angekündigt:

- 1) Nord und Süd stimmen überein, dass sie die Frage der Wiedervereinigung unabhängig und durch gemeinsame Anstrengungen lösen werden.
- 2) Nord und Süd anerkennen, dass das südliche Wiedervereinigungskonzept einer „Konföderation“ und das nördliche Konzept einer „losen Föderation“ nahe

beieinander liegen; sie stimmen deshalb überein die Vereinigung in diese Richtung weiter voran zu treiben.

- 3) Nord und Süd stimmen überein, humanitäre Fragen, wie die der Familienzusammenführung und der Haftentlassung langjähriger politischer Gefangener in Südkorea, bis zum Tag der „nationalen Befreiung“ am 15. August zu lösen.
- 4) Nord und Süd stimmen überein, die Schaffung gegenseitigen Vertrauens durch die gleichgewichtige Entwicklung der nationalen Wirtschaft (sic!) im Rahmen wirtschaftlicher Kooperationsvorhaben und Austauschprogramme in den Bereichen, Kultur, Sport, öffentliche Gesundheit, Umwelt und allen anderen Bereichen voranzutreiben.
- 5) Nord und Süd stimmen überein, dass bilaterale Gespräche auf der Fachebene zur baldigen Durchführung dieser Maßnahmen abgehalten werden sollen.³⁰

Im Vergleich zu den gemeinsamen Erklärungen von 1972 und 1991 enthält die Erklärung vom 15. Juni 2000 kaum substanzielle Neuerungen. Einzig die implizite gegenseitige Anerkennung, die sich im Abschnitt 2 über die Wiedervereinigungskonzepte beider koreanischen Staaten verbirgt, stellt eine wichtige rhetorische Korrektur der jeweiligen Vereinigungspolitiken dar. In Südkorea stieß dies, erwartungsgemäß, auf Kritik bei der oppositionellen Grand National Party (GNP). Diese sieht in der Schaffung einer Konföderation einen Bruch des Verfassungsprinzips der Unteilbarkeit der koreanischen Nation.³¹ Bereits während des Gipfels wurde jedoch offenbar, dass beide Parteien zuerst im Bereich der wirtschaftlichen Kooperation und der humanitären Angelegenheiten Erfolge erzielen wollten. Jene Themen, die sich bereits in den Vorverhandlungen als schwierig erwiesen hatten, wurden deshalb zunächst vertagt. Hierbei handelt es sich vor allem um vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im militärischen Bereich (VSBM) und die Frage der direkten Regierungskontakte sowie des Gegengipfels in Seoul.³²

Auswirkungen des Gipfels auf die beiden koreanischen Staaten

Die entspannte Atmosphäre des Gipfels hat nicht nur zur Etablierung eines persönlichen Verhältnisses zwischen Kim Dae-jung und Kim Jong-Il, sondern auch zu einer Schwächung der Feindbilder in beiden koreanischen Staaten geführt. Gleichzeitig wurden die politischen Führer beider Staaten durch ihre „erfolgreiche Gipfeldiplomatie“ innenpolitisch gestärkt. Diese Stärkung und die Versicherungen der Friedfertigkeit beider Parteien - so fragwürdig sie auch angesichts der offensiven Stationierung von Truppenverbände beiderseits der DMZ

erscheinen mögen – hat paradoxerweise gleichzeitig zu einer Entspannung des innerkoreanischen Konflikts *und* einer Stabilisierung der beiden Staaten geführt. Mit dem Gipfel haben beide Seiten (vorerst) die Koexistenz beider Systeme auf dem Weg zu einer Wiedervereinigung akzeptiert.

Für die südkoreanische Regierung besteht die größte Herausforderung in der Aufrechterhaltung der Zustimmung für ihre Entspannungspolitik durch die eigene Gesellschaft und ihre Verbündeten. Zum einen hat der Gipfel (hohe) Erwartungen geweckt, vor allem im Bereich der Familienzusammenführung, die die Kim-Administration nicht allein, sondern nur in Kooperation mit dem Norden erfüllen kann. Sollte der Norden die südkoreanischen Unterstützungszahlungen nicht ausreichend erwidern oder gar durch militärische Provokationen torpedieren, wird die Sonnenscheinpolitik erneut unter starken Legitimationsdruck geraten. Zum anderen muss Seoul bei seinen bilateralen Kontakten mit dem Regime in P'yongyang die Interessen seiner Partner mitberücksichtigen – dies gilt insbesondere für die Beendigung des nordkoreanischen Nuklear- und Raketenprogramms, wenn es nicht den Bruch mit Washington und Tokio riskieren möchte.

Mit der „wohl orchestrierten Charmeoffensive“ Kim Jong-ils hat sich das Bild des Nordens im Süden verändert. Die Öffnung gegenüber dem Norden führt zu einer ideologischen Ausdifferenzierung des politischen Spektrums in Südkorea.³³ So haben einzelne gesellschaftliche Gruppen (Bürgerrechtsorganisationen, linke Studentengruppierungen und Anwohner US-amerikanischer Militärbasen) im Zuge des Gipfels bereits die Aufhebung der nationalen Sicherheitsgesetzgebung und/oder den Abzug der US-Streitkräfte aus Südkorea gefordert und teilweise sogar gewalttätige Demonstrationen veranstaltet.³⁴ Auch wenn die südkoreanische Regierung durch die Bildung von Pressepools während des Gipfels versuchte, die Medienberichterstattung im Sinne der Regierung zu beeinflussen, so wird sie in der Zukunft kritische Stimmen zulassen müssen, um die Legitimität ihrer Politik (wieder) im demokratischen Diskurs zu stärken.³⁵ Für die südkoreanische Administration stellt sich somit die schwierige Aufgabe der Ausbalancierung interner und externer Erwartungen an eine „kohärente südkoreanische Nordpolitik“.

Im totalitären Herrschaftssystem Nordkoreas stellt sich die Legitimitätsfrage notwendigerweise anders als in der konsolidierten südkoreanischen Demokratie. Mit dem Nachlassen der äußeren Bedrohung im Zuge der Implementation der Gipfelvereinbarung verlieren die drei zentralen Säulen der Kim-Dynastie – Militarisierung der nordkoreanischen Gesellschaft, Autarkie der Wirtschaft und Führerkult – mittelfristig an Legitimität. Auch wenn Kim Jong-Il durch eine geschickte Gipfel-Inszenierung sein Prestige innerhalb des

Partei- und Regierungsapparates gestärkt haben sollte,³⁶ so wird der nordkoreanische Führerkult unter den Bedingungen der neuen "Öffnungspolitik" nicht unverändert aufrecht zu erhalten sein. In dem Maße, indem Kim Jong-Il seine interne Legitimität aus der externen Anerkennung seiner Persönlichkeit schöpft, verliert er die äußere Bedrohung als Legitimation „seiner“ totalitären Herrschaft. Fällt die äußere Bedrohung als wichtige Legitimationsquelle für die Militarisierung und Unterdrückung der nordkoreanischen Gesellschaft fort, so gewinnt die wirtschaftliche Entwicklung des Landes an Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Regimes. Wenn diese voranschreiten soll, dann muss in absehbarer Zeit eine Ressourcenumverteilung zu Lasten des Militärs stattfinden. Interne Machtverschiebungen zwischen Partei und Militär als Herrschaftsinstrumente des „geliebten Führers“ Kim Jong-Il wären die Folge.

Die verstärkte wirtschaftliche Entwicklung Nordkoreas kann nur mit Hilfe des Auslands, insbesondere Südkoreas, angekurbelt werden. Sie untergräbt jedoch die Maxime autarker Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der Chuche-Ideologie Nordkoreas. Langfristig kann es für die nordkoreanische Führung kein Entrinnen aus dem Dilemma von ideologischem Autarkiestreben und realer Öffnung der nordkoreanischen Wirtschaft für Außeneinflüsse geben. Ein wirtschaftlicher Reformweg, wie er in der Volksrepublik China oder Vietnam beschritten wurde, erscheint in Nordkorea derzeit politisch und wirtschaftlich schwer realisierbar. Kurz- und mittelfristig wird die Führung unter Kim Jong-il deshalb versuchen, dieses Dilemma durch Modifikationen an der Chuche-Ideologie als auch die Beschränkung der nordkoreanischen Öffnung so klein wie möglich zu halten. Das könnte konkret bedeuten, dass Nordkorea „invasive Wirtschaftskooperationsprojekte“ bevorzugt mit dem Süden abschließen wird, um diese, wie bereits in der Gipfelerklärung geschehen, als Teil einer „nationalen“ (und damit auch noch beschränkt autonomen) Wirtschaftsentwicklung darzustellen.³⁷

Auswirkungen auf das internationale Umfeld

Alle Anrainerstaaten der koreanischen Halbinsel (VR China, Japan, Russland) und die USA haben die Ergebnisse des Gipfels mit Wohlwollen aufgenommen, denn die Stabilisierung bzw. friedliche Veränderung des Status-Quo liegt in ihrem langfristigen Interesse. Gleichwohl wirkt sich die Kooperationsdynamik des Gipfels unterschiedlich auf die jeweiligen Koreapolitiken der beteiligten Akteure aus.

Internationale Kommentatoren stimmen darin überein, dass die VR China kurz- und mittelfristig zu den Gewinnern der neuen Entspannungsphase zählen wird.³⁸ Zum einen resultiert dies Urteil aus den Bemühungen Pekings, den Gipfel durch enge Konsultationen mit

P'yòngyang erst möglich zu machen.³⁹ Aus der Sicht Pekings soll die Annäherung der beiden Staaten dazu beitragen, drei virulente Probleme der chinesischen Koreapolitik zu lösen. Die neuerliche Entspannungsdynamik vermindert erstens das chinesische Dilemma, seit der Aufnahmen der diplomatischen Beziehungen mit Seoul zwischen seinen wirtschaftlichen Interessen in Südkorea und seinen ideologischen und sicherheitspolitischen Interessen in Nordkorea ausbalancieren zu müssen. Die Verbesserung der Beziehungen zu einem der koreanischen Staaten bedeutet seit dem Gipfel nicht mehr zwangsläufig den Einflussverlust auf der anderen Seite der Demarkationslinie. Damit gewinnt Peking prospektiv auch an Einfluss auf ein Korea nach der Wiedervereinigung. Zweitens besteht in der Volksrepublik die Hoffnung, dass eine erfolgreiche Öffnung der nordkoreanischen Wirtschaft (nach chinesischem Modell) insgesamt zur Stabilisierung des nordkoreanischen Regimes und damit auch zur Verminderung der Flüchtlingsströme über die chinesisch-nordkoreanische Grenze führen wird. Drittens ist auch der chinesischen Führung daran gelegen, dass das Image des „Schurkenstaates Nordkorea“ sich durch die Annäherung an den Süden grundlegend wandelt. Dadurch erhält die chinesische Führung zusätzliche Argumentationshilfe in ihren Diskussion mit der Clinton-Administration über das US-amerikanische Raketenabwehrprogramm (BMD).⁴⁰

Aus Sicht der Clinton-Administration ist jede Entspannung auf der koreanischen Halbinsel ein willkommenes Zeichen für den Erfolg ihrer Einbindungspolitik gegenüber Nordkorea.⁴¹ Grundsätzlich teilt Washington das chinesische Interesse an einer friedlichen Transformation des innerkoreanischen Konflikts, auch wenn diese eine nachhaltige Veränderung der gesamten US-Verteidigungspolitik nötig machen würde.⁴² Die sich anbahnende Entspannung zwischen Seoul und P'yòngyang birgt vor allem dann ein erhebliches Konfliktpotential für die Allianzbeziehungen mit Südkorea, wenn der Süden - aufgrund einer geminderten Bedrohungswahrnehmung - Washingtons Interessen an der Beendigung bzw. Rückführung der nordkoreanischen Massenvernichtungswaffenprogramme in den Hintergrund drängt. Die Befürchtung einiger amerikanischer Entscheidungsträger, die USA werde durch den Imagewandel Nordkoreas während des Gipfel eines „Schurkenstaates“ für ihr Raketenabwehrprogramm beraubt, erscheint übertrieben.⁴³ Zum einen ist durch den fehlgeschlagenen Test Anfang Juli das gesamte BMD-Projekt in Frage gestellt worden. Zum anderen dient(e) das Projekt der Clinton-Administration auch als Schutzschild für den Präsidentschaftswahlkampf von Vizepräsident Gore, der sich (und die Einbindungspolitik der Clinton-Administration) gegenüber seinem konservativen Widersacher George W. Bush jr. verteidigen muß(te).⁴⁴ Schwergewichtiger als der vermeintliche Wegfall eines „veritablen

Feindes“ ist für Washington, dass die Diversifizierung der nordkoreanischen Außenkontakte, den Einfluss Washingtons relativ betrachtet senkt. Unilaterale Anreize Washingtons um nordkoreanisches Wohlverhalten zu garantieren, erscheinen nach dem Gipfel weniger effektiv, weil sie von P’yòngyang durch Kooperation mit anderen Partnern, insbesondere Südkorea substituiert werden können.

Ebenso wie die USA ist Japan nach dem Gipfel mehr und mehr auf die Politikkoordination mit Seoul angewiesen. Tokio teilt wichtige Interessen, wie die Beendigung des nordkoreanischen Nuklear- und Raketenprogramms mit Washington. Es kann sie aber nur dann durchsetzen, wenn japanische Wirtschaftshilfe im Zuge der japanisch-nordkoreanischen Normalisierungsverhandlungen nicht durch „unkonditionierte südkoreanische Wirtschaftshilfe“ konterkariert werden. Erschwerend kommt für die japanische Koreapolitik nach dem Gipfel hinzu, dass die innerkoreanische Annäherung implizit durch den Rückgriff auf ein gemeinsames anti-japanisches Sentiment gefördert wurde. Nach seiner Rückkehr aus P’yòngyang verwies der südkoreanische Präsident darauf, dass er „großes Verständnis“ für seine Erklärung des Verbleibs von US-Truppen zur Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts in Nordostasien von der nordkoreanischen Seite erhalten habe.⁴⁵ Tokios Position ist deshalb im Vergleich zu der anderer Anrainerstaaten schwach und sie bedarf zudem der Unterstützung der USA als „Northeast Asian Pacifier“.

Russlands Position auf der koreanischen Halbinsel leidet, trotz der jüngsten Initiative für einen Staatsbesuch Präsident Putins in P’yòngyang, an den mangelnden Ressourcen für eine aktive russische Außenpolitik und den wirtschaftlichen Abhängigkeiten gegenüber Südkorea. Ebenso wie die anderen Anrainerstaaten begrüßte Moskau die Ergebnisse des Gipfels, weil es kein Interesse an einer raschen Veränderung des Status Quo auf der koreanischen Halbinsel hat. Gleichzeitig drängte Moskau die USA während des G-8-Treffens in Tokio (21.-23.07. 2000) die jüngsten innerkoreanischen Entspannungsbemühungen zum Anlass für eine Überprüfung und Einstellung ihres Raketenabwehrprogramms zu nehmen.

Für die Auswirkungen des innerkoreanischen Gipfels auf das internationale Umfeld können deshalb folgende Entwicklungen festgehalten werden. Zum einen wird durch den Gipfel kurzfristig die Position der VR China gestärkt, weil sie durch die implizite Akzeptanz der Koexistenz beider koreanischer Staaten zusätzlichen Manövrierraum für ihre Zwei-Koreapolitik erhält. Mittel- und langfristig gewinnt die USA für die Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel deshalb an Bedeutung, weil sie sowohl im bilateralen (gegenüber Südkorea und China) als auch trilateralen Verhältnis (mit Südkorea und Japan) an Gestaltungsaufgaben für die Beendigung der nordkoreanischen Massenvernichtungswaffen-

programme und den Abbau von Spannungen in Nordostasiens gewinnt. Zumindest aus westlicher Sicht erscheint eine Stärkung der TCOG parallel zur innerkoreanischen Kooperation wünschenswert, um eine multilaterale Einbettung des koreanischen Wiedervereinigungsprozesses weiter voranzutreiben.

Ausblick

Mit dem Gipfel von P'yongyang sind beide koreanischen Staaten der Etablierung einer friedlichen Koexistenz bedeutend näher gekommen. Gleichwohl bedarf es der Reduktion der militärischen Bedrohung auf beiden Seiten, um die Koexistenz mittelfristig zu festigen. Geschieht dies, dann wird die Koexistenz paradoxerweise den Prozess der Wiedervereinigung beschleunigen, weil ihre Grundprinzipien, die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Kooperation beider Koreas das repressive nordkoreanische System transformiert. In dieser neuen Phase des „Koreakonfliktes mit friedlichen Mitteln“ kann nur der Süden gewinnen, weil er die legitimere und effektivere Gesellschaftsordnung besitzt. Auf dem Spielfeld des Militärs vermochte der Norden bisher durch die Militarisierung der Gesellschaft und die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen „Ebenbürtigkeit“ herzustellen. Auf dem Spielfeld von wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Akzeptanz des politischen Systems kann er nur durch die grundlegende Revision seines politischen Systems bestehen. Die Koexistenz von Ungleichen wird deshalb nicht von langer Dauer sein. Die weitere friedliche Transformation des „Koreakonfliktes“ in *ein* politisches System wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie, wie im Falle der deutschen Vereinigung, vom internationalen Umfeld akzeptiert und legitimiert wird. Diese kann aus der multilateralen Zusammenarbeit Südkoreas, Japans, der USA und Chinas im Rahmen der Vier-Parteien-Gespräche, der KEDO und der TCOG erwachsen, wenn diese nicht gegen Dritte gerichtet werden, sondern der Verregelung des Konfliktes zwischen den beiden koreanischen Staaten dienen.

Anmerkungen

¹ Vgl. Noland, Marcus, *Avoiding the Apocalypse: The Future of the Two Koreas*, Washington, DC: IIE, 2000, S. 171-194.

² Vgl. Harnisch, Sebastian/Hanns W. Maull, *Kernwaffen in Nordkorea. Regionale Stabilität und Konfliktmanagement durch das Genfer Rahmenabkommen*, Bonn: Europa-Union Verl. 2000

³ Vgl. Noerper, „Stephen, Regime Security and Military Tension in North Korea“, in: Moon, Chung-in (Hrsg.), *Understanding Regime Dynamics in North Korea*, Seoul: Yonsei UP, 1998, S. 167.

⁴ Vgl. Harnisch, Sebastian, „Wieviel ist genug? Zur Normalisierung der US-amerikanischen Nordkoreapolitik“, in: *Korea Forum*, 2/1999, S. 1-7, <http://www.asienhaus.org/publikat/korea/kofo2-99/usnordk.htm> [01.02. 2000].

⁵ Vgl. Babson, Bradley/Eun Sook Kim, „Challenges in Expanding External Economic Relations with North Korea“, Vortrag auf der Konferenz „North Korean System at the Dawn of the 21st Century“, University of

California at Berkeley, April 7th, 2000

<http://www.nautilus.org/papers/security/babson%5Fon%5Fdprk%5Feconomic%5Frelations.html> [17.05. 2000].

⁶ Vgl. Kwon, Man-hak, „Political Changes and Inter-Korean Relations“, in: *Korea Focus*, Nr. 6, 1998, 5, S. 1-17.

⁷ Vgl. Levin, Norman D./Han, Yong Sup, *The Shape of Korea's Future: South Korean Attitudes Toward Unification and Long-Term Security Issues* (RAND- Report, MR-1092-CAPP, Santa Monica: RAND Corp., 1999, S. 10-16; Struck, Doug, „But the Big Goal, Reunification, Is a Distant One“, in: IHT, 17.-18.06. 2000.

⁸ Vgl. für die „Demokratisierungsbemühungen“ der Kim Dae-jung-Administration in der Wirtschaftspolitik: Mayer, Peter: „Lehren aus der Währungs- und Finanzkrise – Südkorea und die Reform der internationalen Finanzarchitektur“, in: Köllner, Patrick (Hrsg.), *Korea 2000. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, Hamburg: Inst. für Asienkunde, 2000, S. 201-229

⁹ Vgl. Cha, Victor, „Japan – Korea. The Pre-Game continues ...“, in: *Comparative Connections*, 2, 2000, 1, http://www.csis.org/pacfor/cc/001Qjapan_skorea.html [06.07. 2000].

¹⁰ Vgl. Chung, Oknim 2000: The Sunshine Policy. An Interim Assessment, in: *Korea and World Affairs* 24, 2000, 1, S. 5-28, hier S. 10-12.

¹¹ Vgl. „The Kim Dae-jung Administration's Engagement Policy Toward North Korea“, <http://www.kois.go.kr/government/president/2000/s-n/focus/engagement.html> [06.07. 2000].

¹² Vgl. ROK Ministry of Foreign Affairs and Trade 2000: „The Republic of Korea's Position on Our Allies' Efforts to Improve Relations with North Korea“, <http://www.mofat.go.kr/web/koreauni.nsf/b202221edc7f1632c925684f00097ff9/7b1e3ad8842f302ec9256856001c4f05?OpenDocument> [06.07.2000].

¹³ Vgl. „Inaugural Address by Kim Dae-jung, 15th Term President of the Republic of Korea, February 25, 1998, <http://www.unikorea.go.kr/cgi-eg/eb.cgi?31C31/C318.htm> [06.07. 2000]; ferner: Yang, Young-shik, „Kim Dae-jung Administration's North Korea Policy“, in: *Korea Focus* 6, 1998, 6, S. 48-62, hier S. 51.

¹⁴ Dies galt um so mehr, nachdem sich nord- und südkoreanische Seeverbände am 15. Juni 1999 im Gelben Meer ein Seegefecht geliefert hatten, das ca. 30 nordkoreanische Seeleute das Leben kostete und das die innenpolitische Basis für die Sonnenscheinpolitik in Frage stellte, vgl. Kim, Dae-jong, „The Difference between ‚Sunshine‘ and ‚Sunshine-Only‘“, in: *Chosun Ilbo* 19.06. 1999, engl. übersetzt abgedruckt in: *Korea Focus*, 7, 1999, 4, S. 111-113.

¹⁵ Vgl. Chung, Oknim, a.a.O., S.13.

¹⁶ Vgl. Harnisch, Sebastian, „Wieviel ist genug? Zur Normalisierung der US-amerikanischen Nordkoreapolitik“, in: *Korea Forum*, 2/1999, S. 1-7, <http://www.asienhaus.org/publikat/korea/kofo2-99/usnordk.htm> [01.02. 2000].

¹⁷ Auf der ARF-Ministerratsstagung Ende Juli 2000 wurde Nordkorea das 23. Mitglied des ASEAN Regional Forums. Derzeit führt die nordkoreanische Führung weitere Anbahnungsgespräche mit den USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Philippinen u.a. Staaten, Vgl. Lorian Holland, „Hello, World“, in: FEER, 23.03. 2000, S. 24.

¹⁸ „Address by President Kim Dae-jung of the Republic of Korea at the Free University of Berlin: ‚Lessons of German Reunification and the Korean Peninsula‘, March 9, 2000, <http://www.kois.go.kr/government/president/2000/europe/address/german-uni.html> [28.04. 2000].

¹⁹ Ibid, S. 4; vgl. ferner „President Kim Dae-jung's New Year Policy Speech, Proposing the Establishment of an Inter-Korean Economic Community through Consultations between State-run Research Institutes of the South-North, Seoul, 3. Januar 2000, in: *Korea and World Affairs*, 24, 2000, 1, S. 99-106.

²⁰ Vgl. Jung Sun-gu, „North Korean Minister Positive on Berlin Declaration“, in: *Joongang Ilbo*, 04.05.2000.

²¹ Vgl. French, Howard W., „Two Koreas Agree to First Meeting“, in: NYT, 10.04. 2000; Martin, Bradley, „Pyongyang Watch: Clothing the Emperor“, in: *Asia Times*, 12.04. 2000, <http://www.atimes.com/koreas/BD11Dg01.html> [13.04. 2000].

²² Vgl. Lee, Soo-jeong, „US Troops, Security Law Delay Inter-Korean Deal“, in: *Korea Times*, 09.05. 2000.

²³ Vgl. Kirk, Don, „Seoul Faces Dilemma on Missile Issue in North-South Talks“, in: IHT, 15.05. 2000; „Agenda For Pyongyang Meeting Still Clouded“, in: *Chosun Ilbo*, 11.05. 2000.

²⁴ Vgl. „15-Point Agreement on the DPRK-ROK Summit“, 18. Mai, in: *Nautilus Special Report*, 19. Mai 2000, ftp://ftp.nautilus.org/napsnet/special_reports/North-South_Summit_Agreement.txt [06.07. 2000].

²⁵ Bisher unbestätigten Zeitungsberichten zufolge unternahm der Direktor des südkoreanischen Geheimdienstes (NIS), Lim Dong-Won, am 27. Mai eine geheime Kurzreise nach P'yongyang, um letzte Einzelheiten für den bevorstehenden Gipfel zu klären, vgl. Kim Ji-ho, „Spy Agency Chief Secretly Visited Pyongyang Prior to Summit“, in: *Korea Herald*, 20.06. 2000.

Vgl. Shin, Yong-Bae, „Kim Jong-II's Alleged Visit to China Could Have Positive Impact on Inter-Korean Summit, in: *Korea Herald*, 01.06. 2000; Kolonko, Petra, „Nach dem Gipfel die Öffnung?“, in: FAZ, 10.06. 2000.

²⁷ Vgl. Brahney, Kathleen J., „North-South Korea: Cautious Optimism Builds in Advance of June Summit, *USIA Issue Focus*, 03.05. 2000, <http://usinfo.state.gov/admin/005/www/h0m03.html> [10.07. 2000]; Barber, Ben, „Hermit Kingdom May Be Changing“, in: *Washington Times*, 07.06. 2000.

- ²⁸ Vgl. Struck, Doug, "Korean Summit Opens in Surprising Warmth", in: IHT, 14.06. 2000; Steinberg, David, "Euphoria After the Summit", *KOIS Special*, 22.06. 2000, <http://news.korea.net/content/SearchView.asp?Number=20000622007> [10.07. 2000].
- ²⁹ Vgl. Cha, Victor, "Let's Not Get Summit Slap-Happy in Korea", *Nautilus Policy Forum Online* #00-05, http://www.nautilus.org/fora/security/0005B_Cha.html [28.06. 2000].
- ³⁰ Vgl. "South-North Joint Declaration", June 15, 2000, <http://www.kois.go.kr/government/president/2000/s--n/release/0615-02.html> [20.06. 2000].
- ³¹ Vgl. Kim Yong-bom, "Political Controversy Seen Over Unification Clause", in: *Korea Times*, 15.06. 2000.
- ³² Vgl. French, Howard, "'A New Day' Starts For Two Koreas", in: IHT, 16.06.2000.
- ³³ Vgl. Han, Sung-joo, "The Shifting Korean Ideological Divide", *Nautilus Policy Forum Online* #00-05G, http://www.nautilus.org/fora/security/0005G_Han.html [12.07. 2000].
- ³⁴ Vgl. Shin Hye-son, "Post-Summit Conciliatory Mood Rekindles Debate Over National Security Law", in: *Korea Herald*, 16.06. 2000.
- ³⁵ Vgl. Kirk, Don, "Seoul's Media at Talks: Everybody Into the Pool", in: IHT, 17.-18.06. 2000.
- ³⁶ Vgl. CNS/ICIP, *DPRK Report*, Nr. 24, Mai-Juni 2000, <http://www.nautilus.org> [01.07. 2000], S. 2.
- ³⁷ Vgl. den Wortlaut von Abschnitt 4 der Gipfelerklärung vom 15. Juni 2000.
- ³⁸ Vgl. Han, Sung-joo, "North-South Korea: Summit Reflections", *PACNET Newsletter* # 25, 23. Juni 2000, <http://www.csis.org/pacfor/pac0025.html> [07.07. 2000]; Möller, Kay, „Korea nach dem Gipfel: Neuer Umgangston, alte Probleme“, *SWP-Aktuell*, Nr. 58/ Juli 2000.
- ³⁹ Vgl. Lorien Holland/Hoon, Shim Jae, "China's Korea Game", in: FEER, 15.06. 2000, S. 16-18.
- ⁴⁰ Vgl. Lancaster, John/John Pomfret, "Albright Urges Beijing To Talk With Taipei", in: IHT 23.06. 2000.
- ⁴¹ Vgl. Harnisch, Sebastian, „Wieviel ist genug? Zur Normalisierung der US-amerikanischen Nordkoreapolitik“, in: *Korea Forum*, 2/1999, S. 1-7, <http://www.asienhaus.org/publikat/korea/kofo2-99/usnordk.htm> [01.02. 2000].
- ⁴² Vgl. Ricks, Thomas E./Steven Mufson, "Korean Thaw Would Alter base of U.S. Strategy", in: IHT, 22.06. 2000.
- ⁴³ Vgl. Harnisch, Sebastian, „Erst verhandeln, dann rüsten? Die nordkoreanische Bedrohung in der amerikanischen Raketenabwehrdebatte“, <http://www.hsfk.de/fgl/proj/abm/bulletin/pdfs/harnis1.pdf> [28.6.2000].
- ⁴⁴ Vgl. Gordon, Michael R./Steven Lee Myers, "U.S. Missile Defense is Political Shield, Too", in: IHT, 24.-25.06. 2000.
- ⁴⁵ Vgl. Kirk, Don, "Tough Stand in Seoul: U.S Troops Must Stay", in: IHT, 26. 06. 2000.

Dr. Sebastian Harnisch, FB III/Politikwissenschaft, Universität Trier
 54286 Trier, Tel: 0651-201-2129/2164, Fax: 201-3821, E-Mail: Harnisch@uni-trier.de
 Der Beitrag wurde am 12. Juli 2000 geschrieben.

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.